

1995 - ein Staatsbudget mit neuen Akzenten?

Der positive Trend für den luxemburgischen Staat hält auch nächstes Jahr an. Die Zahl der Arbeitsplätze erhöht sich, die Einnahmenquellen sprudeln nur so. Das System der sozialen Sicherheit, welches als wichtige Ressource die Beiträge der Berufstätigen hat, wird eine solide finanzielle Basis haben.

Doch nicht nur ihre eigene soziale Sicherheit finanzieren die Erwerbstätigen zum großen Teil selbst; durch das Entrichten der Lohnsteuer (fast 45% der direkten Steuern) leisten sie einen wichtigen Teil zum Finanzieren der gesellschaftlichen Infrastruktur (Schulen, Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Spitäler, Strassen,...).

Die Lohnsteuer beträgt:
 1993: 27.500.000.000,- flux
 1994: 29.900.000.000,- flux
 1995: 32.300.000.000,- flux
 (Quelle : Staatsbudget)

Diese Lohnsteuer wird gezahlt von:
 1988: 52.648 Frauen und 101.440 Männern =
 154.088 Menschen
 1991: 59.300 Frauen und 103.600 Männern =
 162.900 Menschen
 1993: 66.812 Frauen und 120.150 Männern =
 186.962 Menschen
 1994: 190.559 Menschen
 (Quelle:IGSS)

Da die Zahl der Erwerbstätigen zunimmt und somit die aus dieser Erwerbstätigkeit hervorgehende Finanzbasis des Staates, sollte man annehmen, daß zumindest ein Teil der Abgaben in die Verbesserung derjenigen Infrastrukturen fließt, die ein arbeitnehmer/innenfreundliches Umfeld gewährleisten. Da eine steigende Zahl von Familien sich zugunsten der Verbindung von Familien- und Erwerbstätigkeit entschlossen hat, sollten die Prioritäten für Politiker/innen klar sein. Dem soll jedoch nicht so sein. Die vermeintlich "freie Wahl" für Familienarbeit wird weiterhin einseitig gefördert werden. Diese ungerechte Bewertung der Bürger und Bürgerinnen wird noch deutlicher, wenn wir uns in Erinnerung rufen, daß an der Basis selbst der sozialen Sicherheit eine fundamentale Differenz besteht zwischen Familien, wo zwei Partner außerhalb arbeiten und jenen Familien, wo ein Partner außer Hause arbeitet:

Hypothese A: 2 Partner arbeiten, 2 Abgaben werden entrichtet zwecks Versicherung der beiden Erwachsenen und der Kinder.

Hypothese B: 1 Partner arbeitet, 1 Abgabe wird entrichtet zwecks Versicherung der beiden Erwachsenen und der Kinder.

In Hypothese A und B werden bei unterschiedlichen Abgaben die gleichen Leistungen geliefert (Krankenkasse z.B.).

In der ersten Hypothese haben beide Partner ihre *droits personnels*, in der zweiten Hypothese hat derjenige Partner, der seine Berufstätigkeit eingestellt hat, sogenannte *droits dérivés*. Seine Krankenkasse ist "gratis".

In Zahlen sieht dies für das Jahr 1991 folgendermaßen aus:

Durch die verstärkte Erwerbstätigkeit der Frauen nimmt dieses Verhältnis ab. Kamen 1988 auf 10 Eigenversicherte 8 Mitversicherte, so sind es 1992 noch 6 Mitversicherte. Interessant und aufschlußreich wäre gewiß auch für Luxemburg eine Untersuchung über die Kosten der "droits dérivés" sowie die Entwicklung von Alternativmodellen. Frauenorganisationen und Gewerkschaften erhielten hier bestimmte Argumente um arbeitnehmer/innenfreundliche Maßnahmen durchzusetzen. Und Problemdevisiers, wie das "Splitting" eines zu sein scheint, müßten nicht immer wieder "vergessen" werden.

Der Trend zur Verschiebung des Finanzierungsmodells vom demokratischen, paritätischen Mitbestimmungsmodell der Sozialen Versicherung zum technokratischen, undurchschaubaren Fiskalisationsmodell hält an. Die Fiskalisation entläßt Unternehmer mehr und mehr aus der Pflicht. Die letzten Maßnahmen gaben den Unternehmern grünes Licht, um sich ganz aus der Finanzierung der Familienzulagen zurückzuziehen, obwohl gerade hier ein Bedarf an Infrastrukturen besteht, dessen Deckung im Endeffekt dem Ablauf der wirtschaftlichen Aktivität zugute käme.

Ein zweiter Trend bestätigt sich: die Gelder, welche Verbesserungen der Situation der Berufstätigen finanzieren, stehen in keinem Verhältnis zu jenen Leistungen, die losgekoppelt sind von der Berufstätigkeit: allocation de maternité, teilweise allocation d'éducation. Die Unkosten (1991 wurde die allocation de maternité für nicht berufstätige Mütter mit 132.014.017,- flux veranschlagt, 1992 mit 196.000.000,- flux) werden integral vom Staat (= Lohnsteuer- + Vermögenssteuer- + Gesellschaftsteuerzahler) getragen. Wieder ein Trend, der sich den Interessen der Berufstätigen, und vor allem der Frauen entgegenstellt. Als ob Berufstätigkeit bestraft werden sollte. In die Auflistung aufgenommen müssen hier auch solche Leistungen wie z.B. das garantierte Mindesteinkommen (RMG), weil vermehrt junge Mütter vor dem Hintergrund einer nicht existenten Alternative wählen müssen, aus dem Arbeitsmarkt auszuschneiden.

1995 wird in dieser Hinsicht keine Neuerungen bringen. Eine konservative Familienpolitik wird die Familien entgegen den Zeichen der Zeit entmutigen, frei wählen zu können, Berufs- und Familienarbeit harmonisch zu verbinden. Der Ausbau dringend notwendiger gesellschaftlicher Infrastrukturen geschieht nur schleppend, eine Anpassung von Schul- und Arbeitszeiten scheint eine schier unüberwindliche Aufgabe zu sein.

	Actifs/Vol.	Pensionnés	Total 1	Co-Assurés	Total 2
Ass.-mal. ouv.	94.142	35.708	129.850	69.187	199.037
Ass.-mal. fonct./empl.	93.059	23.559	116.618	72.768	189.386
Ass.-mal. indép.	11.409	6.177	17.586	10.186	27.772
Ass.-mal. agri.	3.317	5.572	8.889	4.068	12.957
Total	201.927	71.016	272.943	156.209	429.152

So stehen die Kredite für Kantinen und Internate im Budget des Erziehungsministeriums mit
1994: 78.977.000
1995: 78.554.000 (!) zu Buche.

Die Kredite für Privatschulen betragen:
1994: 610.753.000
1995: 669.702.000, fast 10 x mehr als für den vorigen Posten.

Das Familienministerium erhält für Foyers de Jour:
1995: 366.657.000.

Es gilt hervorstreichen, daß ein Teil dieser letzten Ausgaben von den Eltern durch Unkostenbeiträge zurückerstattet wird. Desweiteren stellen die Lohnkosten des Personals in den Einrichtungen der Ausgaben dar, was bedeutet, daß ein Teil dieser Ausga-

ben wieder in den Zyklus der Steuern und Sozialversicherungen einfließt. In diesem Sinne sind Kindertagesstätten auch ökonomisch und finanzpolitisch interessante Einrichtungen: sie schaffen Arbeitsplätze, erlauben Erwerbstätigen in der Arbeit zu bleiben und finanzieren das Steuer- und Versicherungssystem wieder mit.

Das Jahr der Familie geht zu Ende. Tiefgreifende Neuerungen, innovative Maßnahmen hat es nicht gebracht. Die Bilanz zeigt, daß Frauen und Männer, die neue Wege beschreiten wollen, für die Chancengleichheit kein leeres Wort ist, die Zügel schon selbst in die Hand nehmen müssen. Die Frauenorganisationen sind gefordert.

Glnette Jones